

DIE NOVEMBERREVOLUTION IN BERLIN 1848

DER 9. NOVEMBER ALS SCHICKSALSTAG DEUTSCHER GESCHICHTE

Es gibt historische Ereignisse, die von historischer und solche, die zugleich auch von *aktueller Bedeutung* sind. Die deutschen Revolutionen des Jahres 1848 – und insbesondere die schicksalsvollen ersten Novembertage – gehören zu den letzteren und ihre Themen und Thesen, auch die Hoffnungen und das Scheitern, der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen Freiheit und Unterdrückung, zwischen Emanzipation und Reaktion werden zweifellos weit in das nächste Jahrhundert hinein wirken. Am 9. November 1848 entschied sich endgültig das Schicksal der emanzipatorischen freiheitlichen und demokratischen Bewegungen und Hoffnungen in Mitteleuropa für eine sehr lange Zeit und mit Nachwirkungen bis heute und über die Gegenwart hinaus für die europäische und deutsche Geschichte. Daran soll nach 154 Jahren an diesem schönen Maitag des Jahres 2002 erinnert werden.

Warum war der *9. November 1848* in Berlin ein entscheidendes Datum für die emanzipatorische und intellektuelle, für die politische und soziale, für die deutsche und europäische Entscheidung zwischen Fortschritt und Rückschritt, zwischen Freiheit und Despotie, zwischen Demokratie und sozialer Gerechtigkeit auf der einen und Reaktion und ideologischer Verdunklung und Verblendung auf der anderen Seite? Ich nenne fünf Punkte:

(1) Mit der standrechtlichen Erschießung des Abgeordneten Robert Blum in Wien

am 9. November wurde das symbolträchtige Fanal gesetzt für den Sieg der Waffen über die Argumente, der Soldaten über das Volk und die von ihm gewählten Sprecher des Volkes.

(2) Mit der Entscheidung Friedrich Wilhelm IV., die gewählte preußische Nationalversammlung in Berlin mit Gewalt schließen, die Bürgerwehr entwaffnen, den General v. Wrangel mit 40.000 Soldaten in Berlin einmarschieren, die Presse zensieren und demokratische Aktivitäten verbieten zu lassen, wurde für Preußen als dem Hoffnungsträger des demokratisch und freiheitlich gesinnten Bürgertums der Funke der hoffnungsvoll begonnenen demokratischen und sozialen Erneuerungen aus der Kraft des sich emanzipierenden Bürgertums zertreten und die politische Handlungsrolle an die dynastischen Kräfte abgetreten, die sich von egoistischen und machtpolitischen Motiven leiten ließen.

(3) Die Ereignisse des 9. November 1848 in Berlin und Wien markieren den entscheidenden Einsatz der militärischen 'Lösung' von Bürger- und Arbeiterrevolten und der Zerschlagung der sich entwickelnden demokratischen, liberalen und sozialen Erneuerungshoffnungen überall in Deutschland.

(4) Karl Marx diagnostizierte aus dem Londoner Exil sehr klar, daß die Dynastien 'auf die halbe Revolution mit einer ganzen Konterrevolution' antworteten.

(5) Ludwig Feuerbach in Bruckberg hatte schon seit 1843 mit seiner Ablehnung der Mitarbeit an den 'Deutsch-Französischen Jahrbüchern' und damit an den Modellen

von Organisierung von Gewalt und Gegengewalt ein anderes Modell gewählt, das der Diagnose und Therapie von 'Kopf- und Herzkrankheiten', also dem Modell einer der politischen Revolution vorhergehenden breiten Bewußtseinsrevolution. Die nachfolgende Analyse der Ereignisse des 9. November 1849 in Berlin und der anschließenden politischen Abläufe bis zum vorläufigen Ende bürgerrechtlicher und freiheitlicher Bewegungen in Mitteleuropa orientieren sich an den Aufzeichnungen des Akteurs, Zeitzeugen und Berichterstatters Arnold Ruge, der unter Gefahr für Leben und Freiheit nach den gescheiterten Revolutionen Preußen und Deutschland verlassen mußte. Ruge hat die Ereignisse einmal in Tagebuchform [Bd 7] und einmal in einem Revolutionsroman [Bd 8] festgehalten.

Die verhängnisvollen Entscheidungen und Fakten des 9. November 1848 waren aber auch *Vorboten* für andere von der nationalen und europäischen sozialen, politischen und demokratischen Geschichte untrennbaren Ereignisse, die ebenfalls auf das Datum des 9. November fielen und die in ihrer Gesamtheit als *Ensemble von Schwarz und Weiß, von Fortschritt und Rückschritt, von Versagen und von Hoffnung* das deutsche Schicksal der letzten 150 Jahre umreißen und auf die in der Zukunft liegenden Aufgaben, Gefahren, auch Hoffnungen und Erwartungen hinweisen. Ich nenne 4 weitere Schicksalsjahre deutscher Geschichte, an denen der 9. November eine bis heute geltende Nachwirkung hat:

(1) Am 9. November 1918 verkündet der einige Wochen vorher aus dem Zuchthaus entlassene ehemalige Sozialdemokrat und nunmehrige Mitbegründer des Spartakusbundes Karl Liebknecht vom Balkon des

Berliner Schlosses – von dem aus Friedrich Wilhelm IV. 70 Jahre vorher die Erschossenen der Berliner Märzrevolution 1848 grüßte und der als Überbleibsel des Berliner Schlosses das architektonische Zentrum des Staatsratsgebäudes der ehemaligen DDR wurde – die 'freie sozialistische Republik' aus; Liebknecht wurde zusammen mit Rosa Luxemburg nach einem Aufstandsversuch im Januar 1919 ohne weiteres Verfahren erschossen. Am gleichen Tag, am 9. November 1918 ruft aber auch der Sozialdemokrat und Staatssekretär im Kabinett des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, Philipp Scheidemann, – übrigens ohne vorherige Rücksprache mit oder gar Zustimmung des Reichskanzlers Friedrich Ebert – die 'Deutsche Republik' aus, – Beginn der Weimarer Republik mit ihren Sonnen- und Schattenseiten, Ende des Feudalismus in Deutschland, Zwischenspiel zwischen nachfolgendem rechtsfaschistischem System in Deutschland, danach linksfaschistischer Unterdrückung in Mitteldeutschland.

(2) Am 9. November 1923 versucht Adolf Hitler in München einen Staatsstreich, der vom Generalstaatskommissar v. Kahr mit Hilfe der Reichswehr blutig niedergeschlagen wurde – Beginn der dunkelsten Periode der neueren deutschen Geschichte.

(3) Und es war ebenfalls an einem 9. November, als in der Nacht des 9. November 1938 und dann vor allem am helllichten Tage des 10. November 1938 die von den Nationalsozialisten wohlvorbereiteten und organisierten Progrome gegenüber jüdischen Mitbürgern stattfanden; die schrecklichen Ereignisse dieser 'Reichskristallnacht' 15 Jahre nach dem vergeblichen Putschversuch Hitlers weisen auf die vie-

len unaussprechlichen Greuel und Verbrechen in den Konzentrationslagern und die Hypertrophie eines deutschen Regimes hin, das noch sieben weitere Jahre bis zum totalen Untergang – Gegenteil des versprochenen ‘totalen Sieges’ – dauerte.

(4) Dann gab es wieder ein totalitäres Regime im östlichen Teil des Vaterlandes, diesmal ein linksfaschistisches, das dann nach vier Jahrzehnten einer ausbeutenden und ausspionierenden menschenrechtsverletzenden und demokratieverachtenden Politik eines Parteifeudalismus – wieder an einem 9. November – am 9. November 1989, genauer abermals in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 ohne Gegenwehr saft- und kraftlos implodierte – einfach aufhörte zu bestehen und sich aus der Verantwortung für 40 Jahre Unrecht und Unterdrückung hinwegstahl und damit Platz machte für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat innerhalb der nun auch zur Erweiterung und Vertiefung anstehenden Gemeinschaft der europäischen Völker, nicht nur Westeuropas.

DIE NACHT DES 9. AUF DEN 10. NOVEMBER 1848 IN BERLIN

Jetzt aber zur Nacht des 9. auf den 10. November 1848 in Berlin. Am naßkalten Morgen des 10. November tritt noch vor Sonnenaufgang um 5 Uhr morgens in Berlin eine außerordentliche Sitzung der konstituierenden preußischen Nationalversammlung zusammen. Der Präsident v. Unruh hatte am Vortage, dem 9. November, die 97. ordentliche Sitzung gegen 19 Uhr geschlossen; vorher hatte die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten folgenden Aufruf in ihre Wahlkreise erlassen: ‘Mitbürger! Das Vaterland ist in Ge-

fahr. Gegen den am 2. des Monats fast einstimmig ausgesprochenen Willen der Versammlung ist heute das Ministerium Brandenburg ernannt worden und hat seine Wirksamkeit mit einem Staatsstreich begonnen. Es hat verlangt, die Versammlung der Volksvertreter solle vertagt werden, um später an einem anderen Ort zusammenzutreten. Mitbürger! Die Nationalversammlung, berufen Euren Willen zu vertreten, kann weder vertagt, verlegt, noch aufgelöst werden. Wir sind festentschlossen, solchen Gewaltstreich mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln energischen Widerstand entgegenzusetzen. Vertraut auf uns, seid einig in der Wahrung der errungenen Freiheit, und bedenkt, daß besonnener Mut jede Gefahr überwindet. Berlin, den 9. November 1848.’ [Bd. 7:315]. Die Nationalversammlung verzichtet nicht darauf, ebenfalls publik zu machen, daß einige Deputierte ‘weggelaufen’ und ‘sich durch feige Flucht der Abstimmung über die Beschlüsse der heutigen Sitzung entzogen. – Wir übergeben sie dem Urteile des Vaterlandes.’ Zu diesen etwa 95 von etwa 360 Abgeordneten, die weggelaufen waren, gehörten unter anderem der Minister v. Auerswald aus Frankfurt, der Gutsbesitzer Brüninghaus, der Kaufmann Harkort, der Prediger Jonas aus Potsdam, der Gutsbesitzer v. Schleicher. Sie hatten die anderen Deputierten in einem Plakat aufgefordert, ebenfalls ihren Posten zu verlassen. Schreibt Arnold Ruge: ‘Da dies Plakat jedoch weder die Druckfirma noch Namensunterschrift enthielt, so wurde es überall als ungesetzlich vom Volke abgerissen. Das ist eine Polizei der Freiheit’ [Bd. 7:315f].

Was war der Grund für die Forderung des Königs und des am gleichen Tage eingesetzten neuen preußischen Ministerpräsidenten v. Brandenburg für die Schließung der Nationalversammlung im Berliner Schauspielhaus und deren Verlegung in die Provinzstadt Brandenburg? Das Ministerium erklärte, es sei einzig die Sorge wegen der anarchischen Zustände in Berlin; die Tatsachen des 9. November, in den Augen eines Zeitzeugen und Hauptakteurs, Arnold Ruge, waren jedoch die folgenden Fakten: 'Wien gefallen – Frankfurt mattgemacht – durch die preußische Nationalversammlung der Adel abgeschafft, die Orden und leeren Titel abgeschafft, „von Gottes Gnaden“ gestrichen.– Das sind die Tatsachen, die alles erklären' [Bd. 7:406]

In der Nacht vom 9. zum 10. November erreichte den Präsidenten v. Unruh ein noch am Abend des 9. November eilig und aufgeregtes als Antwort auf den Beschluß der Nationalversammlung diktiert Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Graf v. Brandenburg: 'Ich halte mich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, daß dergleichen Beschlüsse nicht nur völlig ungesetzlich und deshalb nichtig sind, sondern daß auch die Abgeordneten, welche daran teilgenommen, sich der Anmaßung von Hoheitsrechten und eines Vergehens an der Verfassung schuldig gemacht haben.– Indem ich Ew. Hochwohlgeboren überlasse, den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntnis der Abgeordneten zu bringen, welche die gesetzliche Schranke überschritten und dem Befehle Sr. Majestät des Königs den schuldigen Gehorsam verweigert haben, gebe ich Ihnen zu erwägen, daß sie sowohl wie die Abgeordneten, welche die Rechte der Krone so schwer verletzt haben, die volle Ver-

antwortung trifft wegen der aus diesem ungesetzlichen Schritt etwa entstehenden Folgen' [Bd. 7:317].

Gleichzeitig wurde der Kommandierende der Bürgerwehr, Rimpler, vom Berliner Polizeipräsidenten aufgefordert, das Zusammentreten der Nationalversammlung am nächsten Tage zu verhindern. In Übereinstimmung mit den Bataillonskommandeuren der Berliner Bürgerwehr verweigert Rimpler in den frühen Morgenstunden des 10. November diesen Befehl und verwahrt sich zugleich entschieden 'gegen jede gesetzwidrige Verwendung militärischer Kräfte zur Beschränkung der Versammlungs- und Beratungsfreiheit der Nationalversammlung oder gar gegen die Unverletzlichkeit der Personen der Volksvertreter'; gleichzeitig schreibt er dem Präsidenten der Nationalversammlung: 'Es wolle Ew. Hochwohlgeboren gefallen, wo möglich auf heute morgen um 5 Uhr die sämtlichen Vertreter des preußischen Volkes nach dem Sitzungssaale zu berufen, indem es so der Bürgerwehr am Leichtesten werden wird, den der hohen Versammlung gebührenden Schutz zu übernehmen und ein blutiges Zusammentreffen zu vermeiden' [Bd. 7:319].

Die gewählten Vertreter der Berliner Arbeiter hatten schon am Abend des 9. November der vorwiegend bürgerlich besetzten Nationalversammlung den Rücken gestärkt mit einer Grußadresse: 'Vertreter des Volkes! Die Arbeiter Berlins sagen Euch Dank für die Pflichttreue, mit der Ihr die Anmaßungen treuloser Ratgeber der Krone zurückgewiesen habt!– Die blutig erungenen Freiheiten des Volkes werden würdig durch Euch vertreten.– Die Arbeiter Berlins sind bereit und gerüstet, Eurem Rufe Folge zu leisten, wenn man es wagen sollte, die Rechte des Volkes in sei-

nen Vertretern zu verletzen; sie bieten Euch ihren Arm und ihr Herzblut gegen jeden Feind, der Hochverrat üben wollte an Euch und an den Freiheiten des Volkes.– Berlin, den 9. November 1848. Das Berliner Bezirkskomitee der deutschen Arbeiter-Verbrüderung. Bisky, Vorsitzender. Oschatz. Schulz. Büttner. Eichel.’ [Bd. 7:319f] Es folgen Belege für die hinterlegten Vollmachten der Sprecher von 28 Einzelgewerkschaften vom Kottendruckergewerbe bis zu den Formstechern. Einstimmig verabschieden dann am 10. November die 252 Abgeordneten, von denen einige in der Nacht vom 9. zum 10. November schon seit 2 Uhr morgens unter dem Schutz der Bürgerwehr im Saale kampiert hatten, in der Sondersitzung einen Aufruf ‘An das preußische Volk!’, der zur Ruhe aufruft und in dem es heißt ‘In dem schweren Augenblick, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonette auseinandergesprengt wird, rufen wir Euch zu: Haltet fest an den errungenen Freiheiten, wie wir mit allen unseren Kräften und unserem Leben dafür einstehen, aber verlaßt auch keinen Augenblick des Boden des Gesetzes. Die ruhige und entschlossene Haltung eines für die Freiheit reifen Volkes wird mit Gottes Hilfe den Sieg erringen’ [Bd. 7:327].

BELAGERUNGSZUSTAND IN BERLIN

Und hier ist der Bericht unseres *Zeitzeugen Arnold Ruge*: ‘Seit dem frühen Morgen war die Bevölkerung Berlins in Bewegung. Die Nachricht von den Ereignissen der Nacht hatten sich in die fernsten Stadtteile verbreitet. In den Straßen strömte es auf und ab nach dem Schauspielhause und von da wieder zurück. Alles wollte wissen, wie es um die Nationalversamm-

lung stehe. Der Platz um das Versammlungsgebäude selbst glich einem Feldlager. Bürgerwehr war in mehreren Reihen um das Schauspielhaus aufgestellt. Ernst und Entschlossenheit im Blick gingen die Wehrmänner auf und ab an den aufgestellten Gewehrpyramiden. Um die Bürgerwehr standen die zahlreichen Gruppen des Volkes. Hier und da las ein Mann die Berichte der Morgenblätter über die Ereignisse der Nacht laut vor. Begeistertes Lob der Volksvertreter und Ausbrüche der heftigsten Erbitterung gegen König und Minister unterbrachen überall die Wortführer. Die schneidende Kälte des Wintermorgens ließ die Volksmassen, die sich immer mehr häuften, unberührt. Von Zeit zu Zeit erregte der Kommandeur der Bürgerwehr-Offiziere ‘an die Gwehre!’ die allgemeine Stimmung des ganzen Volkes. Man erwartete einen Angriff des Militärs’ [Bd. 7:327]. Die Lage ist bis zum Zerreißen gespannt.

Es kommt zu einer Aussprache zwischen v. Wrangel, dem Oberbefehlshaber und Kommandierenden der Marken und dem Kommandierenden der Bürgerwehr, Rimpler, die unser Berichterstatter wie folgt zusammenfaßt: ‘Wrangel erklärte, er halte sich nicht für berechtigt, in den Sitzungssaal einzudringen, werde auch nicht Hand anlegen an die Deputierten, aber so lange auf dem Platze kampieren, bis die Nationalversammlung auseinanderginge und wenn es 8 Tage währte; er und seine Soldaten seien an das Kampieren gewöhnt.’ Die Antwort Rimplers: ‘Nun so werde die Bürgerwehr 14 Tage dableiben, wenn es sein müsse’.– Ein ungeheures Hurra! Das 21. Bataillon, das seit 4 Uhr morgens vor dem Schauspielhause steht, wurde von einem andern Major aufgefordert, sich ablösen zu lassen, es verweigerte

aber, diesen Ehrenposten zu verlassen, und erklärte, ausharren zu wollen. Sein Major heißt Schmalhausen' [Bd. 7:329]. Um 16.30 Uhr schließt der Präsident v. Unruh die Nationalversammlung und beruft sie auf den nächsten Tag um 9 Uhr wieder ein. Die Abgeordneten ziehen unbehelligt ab, danach die Bürgerwehr; v. Wrangel hatte zu Entspannung der Situation schon vorher einen Teil seiner Truppen vom Platz vor dem Schauspielhaus abgezogen; ja, er hatte zur De-eskalation das Gerücht verbreiten lassen, der König gebe nach [Bd. 7:330].

Am nächsten Tag morgens trifft der Gesandte des Zaren, Graf Tolstoi, in Potsdam ein und macht dem König unmißverständlich klar, daß die verabredeten Maßnahmen durchzuführen seien [Bd. 7:336]. Das Berliner Stadtschloß ist während der ganzen Nacht erleuchtet; hier kampieren in allen Räumen einige der 40.000 Soldaten, mit denen v. Wrangel in Berlin einmarschiert war.– Als der Präsident v. Unruh morgens gegen 9 Uhr vor dem Schauspielhause eintrifft, findet er es verschlossen. Trotz zweimaliger Aufforderung machen die Militärs, die sich innen verbarrikiert hatten, mit Hinweis auf einen Befehl v. Wrangels nicht auf. In der Totenstille, die dem Disput folgt, fordert v. Unruh die versammelten Volksvertreter auf, ihm in das naheliegende Hotel de Russie zu folgen. Ich zitiere wieder unseren Zeitzeugen Ruge: 'Hierauf sahen die Berliner Straßen ein Schauspiel, wie es groß und ewig denkwürdig dastehen wird in der Geschichte der Revolutionen. Von der Bürgerschaft und Tausenden und abermals Tausenden des Volkes begleitet, zog die aus ihrem Sitzungslokal verbannte Nationalversammlung durch die Jägerstraße nach dem Hotel de Russie. Aus allen Fen-

stern wehten die Tücher, alle Bürgerwehrschildwachen präsentierten, Hurraruf und Jubelgeschrei erfüllte die Luft. Vom Ende der Jägerstraße bis nach dem Hotel de Russie hatte das Volk ein Spalier gebildet. In feierlicher Haltung, ihre Präsidenten voran, schritten die Volksvertreter hindurch. Man sah deutlich, wie das Volk sich stolz und erhoben fühlte, seinen Vertretern, die seine Würde so energisch zu wahren gewußt, auch seine ungeteilte und begeisterte Liebe zu erkennen zu geben. Aller Parteihaß war vor der Größe des Augenblicks verschwunden. Vor dem Hotel de Russie hörte ich, wie Arbeiter aus dem demokratischen Club mit lauter Stimme riefen: Es lebe die wackere Rechte, die geblieben ist! Als die Versammlung sich in den Saal begeben hatte, gingen die Massen ruhig und in sichtbarer Ergriffenheit auseinander: Gehen wir fürs erste wieder nach Hause, damit man nicht sage, daß wir Aufläufe machen!' [Bd. 7:336].

Nationalversammlung und Öffentlichkeit hatten in der Tat gegen das Berliner Belagerungsedikt des Kommandierenden der Marken, v. Wrangel, verstoßen: '[1] Alle Clubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen. [2] Bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20 Personen, bei Nacht keine von mehr als 10 Personen auf Städten und öffentlichen Plätzen stattfinden. [3] Alle Wirtshäuser sind um 10 Uhr abends zu schließen. [4] Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft, oder durch Anschlag verbreitet werden, nachdem das hiesige Polizeipräsidium die Erlaubnis dazu erteilt hat. [5] Alle Fremde, welche sich über den Zweck ihres bisherigen Aufenthalts nicht gehörig legitimieren können, haben bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden

die Stadt und deren Gebiet zu verlassen. [6] Fremden, welche bewaffnet ankommen, sind von den Wachen die Waffen abzunehmen. [7] Die Bürgerwehr ist nach der königlichen Bestimmung vom 11. d. M. vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst. Während des Belagerungszustandes kann diese Reorganisation nicht erfolgen.' Es geht weiter bis zum 11. Punkt; interessant ist der Punkt 10: 'Die Stadt Berlin haftet für alle Schäden, welche bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht an öffentlichem oder privatem Eigentum verübt wird' [Bd. 7:337].

Die 98. bis 100. Sitzungen der Nationalversammlung finden also am 11.11. im Hotel de Russie statt mit hoher Beteiligung von 225 bis 248 Abgeordneten; die Stunden vergehen mit der Verlesung der aus allen Teilen Preußens eingehenden Grußadressen aus allen Bevölkerungskreisen und mit Wahlen und der Formulierung von Beschwerden an die Regierung und die Gerichte. Um 5 Uhr wird der Belagerungszustand über die ganze Stadt Berlin ausgerufen. Unmittelbar danach tritt die Nationalversammlung nunmehr im Schützenhaus von 9 Uhr abends bis morgens um 1 Uhr zusammen. Es kommt aber nicht zu Auseinandersetzungen. Erst am folgenden Tage versucht die Militärführung zu eskalieren. Hier der Bericht unseres Zeitzeugen: 'Ein Offizier rückte mit 50 Mann an, befahl der Gruppe, sich zu zerstreuen, und als sie sich nicht zerstreute, kommandierte er zum Bajonettangriff. Nur ein Unteroffizier fällte das Bajonett, alle Soldaten nahmen das Gewehr bei Fuß; der Offizier erbleichte und führte die Mannschaft in die Hausvogtei, von wo sie später wieder ausrückte.– Eine ganz ähnliche Szene erzählt man uns aus der Königs-

straße, aus der Kronenstraße und vom Hausvogteiplatz, wo sogar 'fertig' kommandiert wurde und auch etwa 3 Hähne knackten, während schließlich alle Soldaten das Gewehr bei Fuß nahmen. ... Eine schöne Szene erzählen wir noch von der Universität. Die Studenten waren zahlreich im Hof versammelt. Man wollte sie auseinandertreiben. Sie gingen nicht. Da wurde zum Anschlagen kommandiert. Die Burschen schlugen an. In diesem Augenblick klatschten die Studenten in die Hände und riefen: bravo, bravo! Die Soldaten schämten sich, zogen ihre Gewehre zurück und nahmen sie bei Fuß.– Überall, wenn die Patrouillen friedlich anrückten, teilten sich die Massen, ließen sie durch und begrüßten sie mit dem Hurra: Es leben unsere Brüder, die Soldaten! – Eine reitende Patrouille am Dönhofplatz ritt heran, der Rittmeister verlangte das Auseinandergehen der Menge. Ein junger Mann trat hervor und sagte: Kommen Sie nur heran, meine Herren, und nehmen Sie teil an unseren Beratungen. Unterdessen kamen die Reiter heran. Ein Jubel empfing sie, die ganze Schwadron stimmte in das Hurra mit ein, und schwenkt grüßend zur Seite.– Die Haltung des Volkes ist bewundernswürdig; die des Militärs ebenfalls. Nur noch ein Beispiel. Ein Abgeordneter sah einen Leutnant von seiner Bekanntschaft auf dem Posten. Er schalt ihn. Dieser sagte: Ja, so ist es, Ihr scheltet uns und wir schämen uns! Wir zählen überall in der Stadt und Unter den Linden über 20 mißlungene Attacken [Bd. 7:351]'. Anders ist die Situation am 13. November, nachdem die Nationalversammlung Verfassungsbeschwerde gegen die Regierung beim Staatsanwalt Sethe einlegt; auch ein Steuerstreik war beschlossen worden. Nachmittags gegen 3 Uhr rückt

das Militär in das Schützenhaus ein; die Straßen um das Schützenhaus waren mit über 3.000 Menschen zugesperrt; die Eingänge und Flure des Schützenhauses voller Soldaten und Bürger. Und hier wieder unser Zeitzeuge: ‘Der Oberst zum Volke: Meine Herren, wenn Sie nicht auseinandergelassen, werde ich Waffengewalt anwenden müssen.– Die Soldaten beantworteten dies mit einem schallenden Gelächter, sie drückten den Bürgern die Hände, und machten bereitwillig Platz und sagten mit größter Freundlichkeit: Wir schlagen uns nicht! Zum Beweis der Brüderlichkeit wurden die Flaschen aus den Reihen der Soldaten zu den Bürgern und umgekehrt herüber gereicht. Man trinkt sich gegenseitig zu. Das Regiment, welches besonders freundlich hervortrat, war das 12.– Währenddessen war Wrangel geschickt worden. Von ihm kam ein Oberst v. Blücher zurück, der einzige, der sich barsch benommen hat. Er brachte einen schriftlichen Befehl von Wrangel und dem Minister Manteuffel und forderte den [Vize] Präsidenten Ploennies auf, sofort den Saal zu verlassen. Oberst Sommerfeld bemerkte, wenn die Herren bloß als Deputierte privatim hier anwesend sind, so soll Ihnen nichts geschehn. Ploennies: Nein, wir sind hier als Bevollmächtigte der Nationalversammlung und werden nur der Gewalt weichen. Blücher: Nun, so werden wir Gewalt anwenden.– Hierauf ergreifen den Vicepräsidenten Ploennies zwei Konstabler an beiden Armen und schleppen ihn durch den Saal und die Vorsäle zur Treppe hinunter. Am Ausgang stand ein greiser Schütze. Er schüttelte bedenklich den Kopf und sagte zu dem Oberst Blücher: Es ist traurig, daß ein Nachkomme des großen Blücher, der dem Vaterlande so viel treue Dienste geleistet, sich zu solchen Un-

gesetzlichkeiten und zu solchen Verletzungen des friedlichen Hausrechts gebrauchen läßt.– Der Präsident Ploennies ist Mitglied der äußersten Rechten, Abgeordneter für Westfalen, Ehre dem braven tapferen Manne!’ [Bd. 7:358f]. Soweit der Mitakteur und Zeitzeuge Arnold Ruge.

SIEG DER REAKTION UND ENDE DER PREUSSISCHE NATIONALVERSAMMLUNG

Der weitere Fortgang der demokratischen Revolution und der königlichen militärischen Konterrevolution in Berlin und Preußen ist kurz beschrieben: Die Nationalversammlung tagt sporadisch an verschiedenen Orten; noch am 16. November unterschreiben 272 Abgeordnete, daß sie weiterhin in Berlin bleiben und sich nicht nach Brandenburg abschieben lassen wollen. Mit dem Geld des Prinzen von Preußen, des späteren Kaisers Wilhelm I., wird zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung die Neue Preußische Zeitung gegründet; rund um die Taubenstraße und Unter den Linden wimmelt es von Militär; es kommt zu vielen Verhaftungen. Am 27. November richten die verbleibenden Mitglieder der Nationalversammlung von Berlin aus noch einmal einen Aufruf an die Berliner Bürger, aus dem ich zitiere: ‘Mitbürger! Als durch die Revolutionen der Märztage der lange geknechtete Volkswille zur Geltung gekommen war, da habt Ihr die preußische Nationalversammlung hierher entsendet, mit dem Auftrage, in gesetzlicher Ordnung den Neubau der Verfassung zu gründen. ... Als nun die Versammlung auch in der Beratung der Grundrechte den entschiedenen Willen zeigte, die Früchte der Revolution zur Geltung zu bringen, als sie Hand an die Feudalrechte legte, Adel, Titel und Orden

aufhob, als sie sich des unterdrückten Wiens annahm, da schien es der Reaktion die höchste Zeit zu sein, durch Beseitigung dieser Versammlung dem Volke die Hoffnungen zunichte zu machen, deren Erfüllung nach wenigen Monaten bevorstand. Da trat die Soldatengewalt unverhüllt auf in dem Ministerium Brandenburg.' [Bd. 7:393].– Ein auf 80 Abgeordnete stark geschrumpftes Parlament, nun vorwiegend aus Abgeordneten der linken Fraktion bestehend, trifft sich am 27. November in dem Berliner Gasthof Jaroschewitz und protestiert gegen die am Vormittag erfolgte militärische Erstürmung und Sprengung der Versammlung im Hotel Mylius mit Waffengewalt und gegen die Beschlagnahme aller Versammlungsdokumente zusammen.– Am Morgen des 1. Dezember tritt das Rumpfparlament, zu dem die gesamte Linke und Teile des Zentrums unter der Präsidentschaft von v. Unruh im Brandenburger Dom zusammen; immer noch sind 260 Abgeordnete anwesend, entschuldigt sind 11, 131 fehlen. Noch einmal wird erklärt: 'Wir Unterzeichneten erklären, daß wir, festhaltend an dem Beschluß der Nationalversammlung vom 9. November, fortdauernd der Krone das Recht bestreiten, die Nationalversammlung von Berlin zu verlegen, sie zu vertagen oder aufzulösen.' [Bd. 7:399] Die Versammlung vertagt sich auf den 7. Dezember 1848. Sie tritt nicht wieder zusammen; am 5. Dezember 1848 oktroyiert der preußische König Friedrich Wilhelm IV. 'von Gottes Gnaden' eine preußische Verfassung nach seinem Geschmack und ohne demokratische Legitimation. Sie wird am folgenden Tage im Staatsanzeiger verkündet: Es gibt zwei Kammern, die eine nach dem Zensusprinzip gewählt, verkündet Presse-, Ver-

eins- und Versammlungsfreiheit, garantiert die Habeascorpusakte, aber auch den Belagerungszustand, das Veto des Königs sowie Orden und Titel. Am 28. März 1849 verkündet das unrevolutionär und machtlos gewordene Frankfurter Paulskirchenparlament eine Reichsverfassung und wählt Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser der Deutschen. Eine Delegation überbringt den Beschluß am 3. April ins Königliche Schloß nach Berlin; der preußische König lehnt die 'Schweinekronen' ab; aus der Hand der deutschen Fürsten hätte er sie angenommen.

DIE TRAGISCHE ROLLE DES PREUSSENKÖNIGS FRIEDRICH WILHELM IV.

Was war das für ein Mann, dieser Friedrich Wilhelm? Man nannte ihn den 'Romantiker auf dem Thron', tiefreligiös und von großer Verantwortung für Preußen und die ihm von Gott anvertrauten Menschen erfüllt. Sicherlich war er für die Sache einer größeren Einheit Deutschlands zu haben, aber nur im monarchisch-legitimistischen Kontext. Er galt als scharfer Kritiker eines despotischen Bürokratismus und verstand den Staat eher historisch und organisch; zu seinem Küchenkabinettt zählten als konservative Gelehrte und Politiker die Brüder v. Gerlach, Begründer der staatstragenden 'Kreuzzeitung'. Als er 1840 König wurde, bemühte er sich vor allem um die Etablierung von ständischen Institutionen auf der Provinzialebene, um eine Reorganisation der preußischen Kirche; er wurde auch zum Wiederbegründer des preußischen Johannerordens. Die von ihm erbaute Friedenskirche im Park von Sanssouci ist mit den Seligpreisungen aus der Bergpredigt Jesu und mit Bibelziten zu Friedensverhei-

Bungen übersät; sie zeigen mehr als alles andere die Sehnsucht sowie das Scheitern dieses Monarchen. Er konnte es sich zum Erfolg anrechnen, daß 1846 eine General-synode der Evangelischen Kirche zusammentrat und im April 1847 ein Vereinigter Landtag, einberufen aufgrund eines von ihm ausgefertigten Patents vom Februar des gleichen Jahres. Der Vereinigte Landtag war für ihn die ständische Alternative zu den 'Prinzipien von Volksrepräsentation, die seit der französischen Revolution so viele Staaten erfaßt und ruiniert haben' [zit. Freitag 298].

Für den gläubigen Christen und Vertreter ständischer Repräsentation, der so gern dem Volke nahe sein wollte, mußte es ein tiefer Schock sein, als im Gefolge der Februarrevolution 1848 in Paris in vielen europäischen Städten und Hauptstädten – Karlsruhe, Frankfurt, Dresden, München, Wien, Breslau – zu spontanen Erhebungen und Revolutionen kam, so auch in Berlin. Er schien geneigt, den Forderungen der rebellierenden Berliner nach einer konstitutionellen Regierung, die von einem Parlament zu wählen wäre, und einer konstitutionellen Monarchie nachzugeben. Am 17. März akzeptierte er die Einführung eines konstituionellen Systems und einer parlamentarischen Regierung unter dem Grafen Arnim-Boitzenburg. Während der Revolutionstage des 13. bis 15. März in Wien floh der Staatskanzler Fürst Metternich heimlich aus der Stadt. Andere, von den Pariser Straßenkämpfen und der Abdankung des französischen Königs Louis Philippe und seiner Flucht nach England zutiefst erschrockene deutsche Fürsten waren wie Friedrich Wilhelm IV. zu Kompromissen bereit.

Es kam dann zu den verhängnisvollen Ereignissen des 18. März in Berlin. Der

König hatte es genossen, als das Volk ihm zweimal mit Begeisterung vor dem Berliner Schloß zujubelte. Nachdem jedoch der Kommandeur der Gardetruppen den Schloßplatz schließlich mit blankem Säbel hatte räumen lassen, schossen plötzlich und angeblich aus Versehen einige Soldaten in die Menge. Es gab Tote, viel Tote, die genaue Zahl ist unbekannt, 277 werden angegeben. Nunmehr werden überall in der Nacht zum 19. März Barrikaden errichtet, an der Kronen- und Friedrichstraße, an der Neuen Königsstraße und am Alexanderplatz, in der Breiten Straße, insgesamt über 1000 Barrikaden. Überall wurde geschossen; aber die Dragoner und Husaren waren nicht für den Barrikadenkampf ausgerüstet; nur jede 10. Barrikade wurde erfolgreich gestürmt. Der Keller des königlichen Schlosses ist mit Verwundeten und Gefangenen überfüllt. Noch in der Nacht befiehlt Friedrich Wilhelm IV. die Soldaten wieder aus der Stadt abzuziehen. Am nächsten Morgen bringen die Berliner die Toten auf den Schloßplatz und bahren sie demonstrativ dort auf. Dem König bleibt keine andere Wahl, er kommt hinaus und unter dem Geschrei der Menge 'Hut ab' zieht er totenbleich seine Feldmütze in Ehrerbietung vor den von seinen Soldaten erschlagenen und erschossenen Berliner Bürgern. Die Berliner wollen das Schloß stürmen; der Freund des Königs, Fürst Lichnowsky beschwichtigt sie: 'Die Forderungen sind alle bewilligt', berichtet die Presse. 'Ooch det Roochen?' 'Ja, auch det Roochen.' 'Auch im Dierjartn?' 'Ja, auch im Tiergarten darf geraucht werden.' – Tausende von Bürgern kommen einer Ansprache des Monarchen zuvor und stimmen das Lied 'Jesus, meine Zuversicht' an. Der König kommt nicht zu Wort; von seiner Frau Elisabeth wird

berichtet, daß sie gesagt habe: ‘nun fehlt bloß noch die Guillotine’.

Schon vor diesem unvergeßlichen und in vielen Stahlstichen und Ölgemälden, auch von Adolph Menzel, festgehaltenen Moment der aufgebahrten Toten und dem gedemütigten Monarchen, hatte Friedrich Wilhelm IV. in der Nacht an seinem Aufruf ‘An mein Volk und an die Deutsche Nation’ geschrieben; sie wurde am 21. März überall in Berlin plakatiert; ‘Mit Vertrauen spreche ich heute, im Augenblicke, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zur deutschen Nation, unter dessen edelste Stämme mein Volk sich mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gärung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter *einer* Leitung hervorgehen.– Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen und Deutschland wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben [schwarz, rot, gold] angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.’ [Gall zit. 124] Gleichzeitig bekräftigte Friedrich Wilhelm IV. das schon am 18. März gegebene Versprechen einer Verfassung und einer dem Parlament verantwortlichen Regierung, die Wiedererrichtung ‘eines einigen, nicht einförmigen Deutschland, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit’. Geschmückt mit einer Armbinde in den von der Revolution übernommenen Farben Schwarz-Rot-Gold ritt der König unter gewaltigem

Beifall der Berliner anschließend durch die Stadt Berlin, seinen Willen bekräftigend, sich an die Spitze der deutschen Einheitsbewegung zu stellen, aber auch um nach dem Sieg des Volkes auf den Barrikaden die Handlungsfreiheit und Kontrolle über das weitere Geschehen zurückzugewinnen. ‘Der Jubel war unbeschreiblich’ berichtet der österreichische Gesandte nach Wien. Prinz Wilhem v. Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm I., hatte seinem Bruder empfohlen, die Aufständischen rücksichtslos niederzuschießen; er floh am nächsten Tag nach England; im Volk wurde kolportiert, er sei nach Rußland geflohen, um seinen Rat mit Hilfe zaristischer Regimenter in die Tat umzusetzen; seitdem galt er im Volksmund als ‘der Kartätschenprinz’. Wie ernst war es dem König mit der ‘Einheit mit Freiheit’? An den Kartätschenprinz schrieb er ins englische Exil ‘Die Reichsfarben mußte ich freiwillig aufstecken, um alles zu retten. Ist der Wurf gelungen, lege ich sie wieder ab.’ Wäre die preußische Revolution schon im Jahre 1848 gelungen, wenn die Aufständischen in den Märztagen kompromißlos geblieben wären? Diese Frage ist oft gestellt worden. Ende März zog der Monarch sich nach Potsdam zurück und verfiel in eine depressive Lethargie, aus der er erst im September wieder aufwachte, vermutlich aufgeweckt durch blutige Volksaufstände in Frankfurt, die von österreichischen und preußischen Truppen gemeinsam niedergeschlagen wurden, durch die Ausrufung der Republik durch den Revolutionär Struve in Lörrach und den Wiener Volksaufstand vom 6. Oktober. Und in der Tat handelte der königliche Hoffnungsträger der deutschen Freiheitsbewegung dann ‘in der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten’ die sich im

Spätsommer von dem Schock der Märzrevolutionen erholten, als auch Preußen vom 9. November von der Revolution erfolgreich in die Konterrevolution überging.

Über die verhängnisvollen Tage, die dem 9. November folgten, habe ich berichtet. Der König trat in diesen Tagen nicht in der Öffentlichkeit auf, verweigerte auch die Annahme von Petitionen. Hier nur noch eine kleine von Arnold Ruge berichtete Vignette, die auf seine Persönlichkeit ein bezeichnendes Licht wirft. Es war am 11. November, als eine Magdeburger Delegation den König vor der Kirchentür trifft mit einer Petition, die er sich weigert anzunehmen: 'Der Sprecher der Deputation: 'Es ist eine Zustimmungsadresse'. Der König nimmt sie, entfaltet sie, und wendet sich unwillig an den Sprecher mit den Worten: 'Es ist nicht das, was Sie mir gesagt haben'. Der Sprecher: 'Majestät, es ist die Gesinnung von dreiviertel der Stadt Magdeburg.' Der König: 'Wissen Sie, die Stadt Magdeburg hat mir Treue geschworen, und ich habe sie ihres Eides noch nicht entbunden'. Der Sprecher: 'Majestät, wir haben die Abgeordneten gewählt zur Vereinbarung der Verfassung, und wir werden an der Verfassung festhalten.' Der König: 'Die Stadt Magdeburg wird sich meine allerhöchste Ungnade zuziehen.'" [Bd. 7:360]

DIE BLUTIGE WIENER GEGENREVOLUTION IM NOVEMBER 1848

Noch ein kurzer Seitenblick auf den Revolutionstag des 9. November 1848 in Wien. Die radikal demokratisch gesonnenen Kräfte Deutschlands waren sich darüber einig, daß die Entscheidung über bürgerliche Freiheit und Demokratie nicht in Frankfurt bei dem machtlosen und müde

gewordenen Parlament lag, sondern in den Hauptstädten Dresden, Berlin, Wien erungen werden mußte. Dichtete der Revolutionsdichter Georg Herwegh über das Parlament: 'Trotz aller Professoren, im Parla-, Parla-, Parlament, das Reden nimmt kein End.' – Im Sommer 1848 stand eine machtpolitische Entscheidung an – Worte waren genug gefallen und Ideen für die Neugestaltung gab es übergenug – und im November 1848 wurde entschieden zwischen den wiedererstarkten Dynastien und den revoltierenden Bürgern und Arbeitern, zwischen monarchischem Machtanspruch und republikanischem oder konstitutionell-parlamentarischem Rechtsstaat. Vom Sommer 1848 an hatten die Dynastien in Preußen und Österreich mit Rückendeckung und starken Forderungen des zaristischen Regimes den militärischen Gegenschlag vorbereitet. Hier ist der Name *Robert Blum* zu nennen. Blum, aus einer verarmten Kölner Handwerkerfamilie stammend, hatte in Leipzig beim Theater Karriere gemacht zunächst als Arbeiter, schließlich als dessen Direktor. Diese Stellung gab er 1847 auf, um sich der Publizistik zu widmen, genauer durch die Herausgabe des 'Staatslexikon für das Volk' der Volksbildung und der Einbeziehung der Arbeiterschaft in den politischen Meinungsbildungs- und Verantwortungsprozeß, zur, wie er sagte, Beseitigung der 'Ausschließung des zahlreichsten und nützlichsten Teils des Volkes, des vierten, des arbeitenden Standes – von jeder politischen Teilnahme.' [zit. Freitag 140]. Und in der Tat gelang es ihm, während der mehrwöchigen Belagerung Leipzigs, der politisch wichtigsten Stadt des Königreiches Sachsen, nicht nur die unterschiedlichen Fraktionen der Revolution zusammenzuhalten, sondern auch

dem König während dieser Belagerung eindeutige Zugeständnisse wie die Entlassung der Minister und die sofortige Einberufung eines Landtages abzutrotzen.

Es hatte schon im August 1847 Schüsse auf rebellierende Bürger in Leipzig gegeben, bei denen es zu 12 Toten kam. Seitdem sprach man Leipzig eine Schlüsselrolle bei der politischen Durchsetzung der Demokratisierung Deutschlands zu. Schreibt unser Zeitzeuge Arnold Ruge, der die Revolutionen im Sommer 1848 in Leipzig aktiv mitgestaltete, in einem bislang unveröffentlichten Tagebuch zur Rolle Leipzigs und Robert Blums: 'Man kann Leipzig eigentlich keine Stadt nennen; es sind ein paar Läden und einige Kohlgärten, die keine europäische Bedeutung haben. Dies sah Blum sehr richtig ein, als er den Leipzigern riet, die Eröffnung der Revolution anderen geeigneteren Orten zu überlassen.– Seitdem aber lebte der Aberglaube in beiden Lagern: Leipzig sei der Herd einer Revolution und *Blum* könne sie ausbrechen lassen, wie es ihm beliebt. Dies war die Stellung Leipzigs kurz vor dem Februar 1848.– Blums Partei beherrschte in der Tat seit dem 12. August die Stadt und sein Ansehen im Lande wuchs seitdem immer mehr. Man betrachtete ihn in Dresden als eine Art Gegenkönig.' [Bd. 7:435].

Als es zu einer erneuten Bürgerrevolte in Wien und zur Gefahr der bewaffneten Niederschlagung durch Kaiser Ferdinand I. und die Generalität kam, verabschiedeten die linken Fraktionen des Parlaments eine Solidaritätsadresse für das revolutionäre Wien, die dann von Robert Blum und Julius Fröbel nach Wien gebracht wurde. Als die beiden am 17. Oktober in Wien eintrafen, hatten Hof und Militär die Stadt verlassen; es herrschte eine revolutionäre

Stimmung; aber die Wiener Stadtverwaltung, selbst revolutionär gesonnen, weigerte sich, den bewaffneten Widerstand der Bevölkerung anzuführen. Blum war sich nicht sicher, ob er abreisen sollte. Während sich der Belagerungsring der Armee des Fürsten Windisch-Graetz um Wien schloß, schrieb er an einen Freund: 'In Wien entscheidet sich das Schicksal Deutschlands, vielleicht Europas. ... Siegt die Revolution hier, dann beginnt sie von neuem ihren Kreislauf; erliegt sie, dann ist, wenigstens für eine zeitlang, Kirchhofsruhe in Deutschland'. [zit. Freitag 144]. Zusammen mit Fröbel beteiligte er sich einige Stunden an der Verteidigung Wiens, bis er schließlich in seinem Hotel verhaftet wurde. Er berief sich auf seine Immunität als Abgeordneter; aber das Restaurationsregiment verurteilte ihn standrechtlich zum Tode. Robert Blum wurde am 9. November 1848 in der Brittenau bei Wien standrechtlich erschossen. Als ob es koordiniert gewesen wäre, wenige Stunden später erfolgte der Militäreinsatz von 40.000 Soldaten in Berlin.

Die Nachricht vom Tode Robert Blums verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch ganz Deutschland. Mehr als 10.000 nahmen an der Totenfeier in Leipzig teil, die weit über Leipzig hinaus noch einmal ein Fanal für die revolutionären Hoffnungen und Enttäuschungen wurde. Mit den Worten 'Ich sterbe für die Freiheit, möge das Vaterland meiner eingedenk sein!' fiel er unter den Schüssen des Erschießungskommandos. Wenn es einen Märtyrer der deutschen Revolutionen 1848 gibt, dann ist es Robert Blum. Er wurde wegen Beteiligung am bewaffneten Widerstand verurteilt 'zum Tode durch den Strang'; der Generalmajor bestätigte das Urteil mit dem Zusatz: 'Ist kundzumachen und in

augenblicklicher Ermanglung eines Freimanns [d.h.eines Henkers] mit Pulver und Blei durch Erschießen zu vollziehen' [Gall ed. 344] 'Erschossen wie Robert Blum', sagt der Volksmund noch heute und meint damit jemanden, der ganz tot ist, mause-tot. Mit der Verletzung der Immunität des parlamentarischen Abgesandten Blum fiel aber auch die letzte Larve nicht nur der österreichischen, sondern aller an der Konterrevolution beteiligten Dynastien, die Achtung vor der freien Selbstbestimmung ihrer Bürger, vor den Forderungen nach Menschen- und Bürgerrechten und der Beseitigung von sozialem und gesellschaftlichem Unrecht. Unmittelbar nach Verkündung des Urteils am Morgen des 9. November um 5 Uhr schreibt Blum einen Abschiedsbrief an seine Frau Eugenie: 'Alles, was ich empfinde, rinnt in Tränen dahin, daher nur nochmals: leb' wohl teures Weib! Betrachte unsere Kinder als teures Vermächtnis, mit denen Du wuchern muß, und ehre so Deinen treuen Gatten. Leb' wohl, leb' wohl! Tausend, tausend, die letzten Küsse von Deinem Robert', und er setzt unten hinzu 'Die Ringe hatte ich vergessen, ich drücke Dir den letzten Kuß auf den Trauring. Mein Siegelring ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantknopf für Richard, die Kette für Alfred als Andenken. Alle sonstigen Andenken verteile Du nach Deinem Ermessen. Man kommt. Lebe wohl, wohl!' [Gall zit. 345].

WO WAREN DIE FRAUEN IM REVOLUTIONSJAHR 1848?

Es mag Ihnen aufgefallen sein, daß Eugenie Blum die erste Frau ist, die ich erwähne. Wo waren die Frauen 1848? Sie waren nicht in den Parlamenten; die Frankfurter Paulskirche war im wesentlichen

eine Professoren- und Bürgervereinigung, so war es mit den anderen Parlamenten und revolutionären Gremien; es fehlten die Frauen und die Arbeiter, bis auf wenige Ausnahmen. Wo waren die Frauen? sie waren an der Seite ihrer Männer, die wie Robert Blum und Arnold Ruge und viele andere ihre bürgerliche Existenz und die Sicherheit ihrer Familie aufs Spiel setzten. Sie verließen auch die deutsche Heimat und gingen mit ihren Männern ins Exil, Agnes Ruge nach Brighton in England, Karl Theodor Bayrhofer mit seiner Frau nach Wisconsin, Ernst Kapp mit seiner Frau ins Texas Hill Country, Amalie Struve mit ihrem Mann nach New York. Emma und Geord Herwegh nahmen beide an den revolutionären Bewegungen in Baden teil; Amalie Struve wurde gemeinsam mit ihrem Mann Gustav wegen Hochverrats nach dem Scheitern des Struve-Putsches, in dessen Verlauf Struve am 21. September 1848 in Lörrach die Republik ausrief, in einem Schwurgerichtsprozeß wegen Hochverrats angeklagt; Gustav wurde zu einer mehrjährigen Einzelhaft verurteilt, gegen Amalie wurde das Verfahren eingestellt. Die mit dem König Friedrich Wilhelm IV. bekannte Bettina v. Arnim hatte schon 1845 in 'Dies Buch gehört dem König' scharfsichtig und kritisch die sozialen Verhältnisse im sich industrialisierenden Preußen kritisiert. 1847 verfaßte Mathilde Franziska Anneke die Kampfschrift 'Das Weib im Konflikt mit den sozialen Verhältnissen', die von der sich später entwickelnden Frauenemanzipation zum klassischen Manifest erklärt wurde; mit an Hegel geschulter Dialektik fragt sie: 'Warum auch sollte das Weib überhaupt die schweigende Dulderin fortan noch sein?– Warum noch länger die duldende Magd, die ihrem Herrn die Füße

wäscht – warum noch länger die christlich duldende Magd eines Herren, der zum Despoten ihres Herzens geworden ist, weil er selbst Knecht ward?’ [Freitag zit. 219]. Wenn Männer sich befreien sollen und können, dann brauchen sie auch nicht mehr den Frauen ihre Freiheit vorenthalten, dann können auch Frauen sich befreien; ja, die familiäre Unterdrückung der Frauen ist ein Reflex der politischen Unterdrückung der Männer, so ihre Argumentation. Über ihre Teilnahme an den badischen Revolutionskämpfen, gemeinsam mit ihrem Mann veröffentlichte sie nach ihrer Flucht in die USA 1853 in Newark NJ die ‘Memoiren einer Frau aus dem badisch-pfälzischen Feldzug’.

Von 1852 an gab sie in New York das ‘Centralorgan der Vereine zur Verbesserung der Lage der Frauen’ heraus und sprach 1853 auf der allgemeinen Frauenrechtsversammlung in New York als deutsche Delegierte. Agnes Ruge reiste mit dem Paß von Josephine d’Alquin in Arnberg; Arnold und Agnes Ruge benutzen den Namen d’Alquin als Absender aus London auf den Briefen und Manuskripten, die zunächst an Josephine d’Alquin gingen und dann von ihr unter Täuschung der preußischen Zensur weitergeleitet wurden. Ruge gab der systematischen Zusammenfassung seiner philosophischen und politischen Gedanken auch in der Aufarbeitung der Erfahrungen des Scheiterns 1848 im Jahre 1850 in Brighton die Form eines Briefes an eine Dame, Fanny Lewald in Berlin, der Frau seines Freundes Adolf Stahr: ‘Unsere Philosophie und unsere Revolution’ mit dem Untertitel ‘Ein Brief an Fanny Lewald, enthält die wissenschaftliche Ableitung des Humanismus und der Revolution aus der deutschen Philosophie oder die Geschichte der deut-

schen Philosophie in gemeinfaßlicher Form’.

VISIONEN EINES SOZIALDEMOKRATISCHEN FREISTAATES 1848

Es war das Hegelsche Prinzip der Selbstbestimmung des freien Bürgers in aufklärerischer Tradition, welches die Linke im Jahr 1848 bestimmte. Konzeptionell mündete dieses politische und aufklärerische Engagement in der Vision eines sozialdemokratischen Staates auf deutschem Boden. In seinem Brief an Frau Lewald führt Ruge diese Vision im Detail aus: ‘Das demokratische Prinzip ist die *bewußte Selbstbestimmung*, welche die ganze Gesellschaft durchdringt und bewegt. Die Anwendung des demokratischen Prinzips auf Eigentum, Arbeit und Verkehr ist *die Lösung der sozialen Frage*, die Durchführung des demokratischen Prinzips in der ökonomischen, der politischen und der freien Gemeinde, oder in der sozialen, politischen, idealen Welt *ist die Gründung des sozialdemokratischen Freistaates*’ [Bd. 8:271]. Sozialdemokratie ist für den sozialen Demokraten Ruge nicht sozialistische Gleichmacherei; seine Kritik des französischen Frühsozialismus ist scharfsichtig und klar; sein Bruch mit Marx und dessen Ideen erfolgte bereits 1843.

Zu seinem Verständnis von Gleichheit gehört auch die Respektierung und Förderung der individuellen Selbstentfaltung: ‘Die Ungleichheit des Besitzes, des Ansehens und der Funktionen entsteht durch die verschiedenen Kräfte und Fähigkeiten, nicht durch die verschiedenen Rechte der Personen. Weil die Personen körperlich und geistig verschieden sind, so müssen sich überall notwendig diese *äußerlichen Ungleichheiten* erzeugen, das darf aber nur geschehen so weit sie der *wesentli-*

chen Gleichheit, d.h. der persönlichen Freiheit der Menschen nicht gefährlich werden' [Bd 7:420]. Diese Rugesche These zu einer sozialdemokratischen Gesellschaft und Politik ist bis heute zwischen den Flügeln der deutschen und internationalen Sozialdemokratie nicht unumstritten.

Wichtig ist für ihn auch der routinemäßige und unsensationelle Wechsel zwischen Regierung und Opposition: 'Die Opposition ist ein Ausschuß vor der Staatsgesellschaft zur Kontrolle der Regierung. Sie repräsentiert die Minderheit, welche Mehrheit zu werden sucht. ... Wenn die Opposition die Mehrheit im Volk und bei den Abgeordneten gewinnt, so wird sie *Regierung*. Wo dies nicht der Fall ist, da ist das Rechtsgeschäft noch nicht so weit entwickelt, daß es die Gesellschaft in friedlichen Kreisen zu neuen Maximen und Prinzipien treibt' [Bd. 7:421].

Ebenso entscheidend ist für sein Modell eines sozialdemokratischen Freistaates die Rolle der freien Presse: 'Die Presse in den Journalen ist die permanente Debatte zwischen Regierung und Opposition, zwischen Mehrheit und Minderheit. ... Die Person, das Recht, das Eigentum sind nicht eher unverletzlich und heilig, als bis es keine Ausnahmen gegen irgendeine Person, irgendein Recht, irgendein Eigentum gibt', – und damit meinte er insbesondere die Unterdrückung von Meinungsfreiheit und Presse, wie er es am eigenen Leib, Vermögen und Engagement erlebt hatte [Bd. 7:421f].

Und ein anderes Motiv spielt schon bei Ruge eine Rolle, welches dem sozialdemokratischen Engagement bis heute nicht fremd ist, die Diskussion der Allokation von Steuermitteln – hier vor allem: 'Schule oder Starfighter': '*Der öffentliche Unter-*

richt verdient den Aufwand, den das Militär nicht verdient. Dieser Aufwand ist imstande, das Militär zu ersetzen, die Verbrechen zu vermindern und die Lehrer zu der ehrenvollen und angenehmen Stellung zu erheben, welche sie im Staate verdienen und bis jetzt noch nicht genießen' [Bd. 7:422].

DAS VERMÄCHTNIS DES 9. NOVEMBER 1848: AUSBLICK

Sind die Themen des Jahres 1848 und die Versäumnisse und Hoffnungen des November 1848 über die Narrationen von menschlichen Einzelschicksalen hinaus *auch 1998 noch aktuell?* Ich denke: ja, und nenne *fünf Punkte*: (1) Die 'deutsche Frage' nach Einheit in Recht und Freiheit ist formal seit dem 9. November 1989 gelöst. Aber Bürgerfreiheit und Bürgersicherheit, Demokratie und die gerechte und solidarische Lösung sozialer Fragen sind im veränderten Kontext von 1998 nicht weniger aktuell als damals, eine Herausforderung an deutsche und andere europäische sozialdemokratische Regierungen 150 Jahre nach den Herbstrevolutionen 1848. (2) Auch die 'europäische Frage' stellt sich von neuem, das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn, vor allem das einer deutsch-französischen Allianz, von dem Ruge, Marx und andere revolutionierende Visionäre 1848 träumten. (3) Und natürlich diskutieren wir in einer rasant sich transformierenden Informationsgesellschaft Rechte, Pflichten und Funktionen der Medien, auch die Rolle von Bildung und Ausbildung in einer demokratischen Mündigkeitsgesellschaft. (4) Auch die Allokationsdiskussionen – hier Militärhaushalt, dort Bildungs-, Schul- und Hochschulwesen – sind nicht weniger brennend geworden als sie zwi-

schen 'Militaristen' und 'Linken' im Revolutionsjahr 1848 waren. (5) Schließlich ist das Thema des Verhältnisses von Theorie und Praxis – nicht erst vor und seit dem Vormärz von Hegel, Ludwig Feuerbach, Arnold Ruge, Karl Marx und Friedrich Engels diskutiert und praktiziert – ein Dauerthema in der kritischen Theorie und politischen Auseinandersetzung geblieben, ein Dauerzünder und Dauerbrenner, ohne den auch in Zukunft Fragen der Emanzipation, der sozialen und kulturellen Gerechtigkeit und Fragen des dialektischen Verhältnisses von Freiheit und Sicherheit, von Bewahren und Erneuern, von Vision und Realisation, von Selbstbestimmung und Verantwortung und des rechten Verhältnisses von Solidarität und Subsidarität nicht diskutierbar sind.

Ich kenne keinen Tag, der sich angesichts der komplexen deutschen und europäischen Geschichte besser als Gedenktag, als Nachdenktag und Nationalfeiertag für uns Deutsche eignen würde als der 9. November. Das Faktum, daß die Bundesrepublik Deutschland statt des 9. November den 3. Oktober, den Tag des ersten Zusammentritts eines frei gewählten deutschen Parlaments nach vielen Jahren der Diktatur und Teilung als Nationalfeiertag begeht, könnte ein Zeichen sein, daß wir Deutsche uns der Komplexität unserer Geschichte im Andenken und Nachdenken und Verantwortungsdenken, auch in Schuld und Scheitern, für die Zukunft nicht stellen wollen oder noch nicht stellen können.

Literatur

- Essbach W. (1988) *Die Junghegelianer*. Soziologie einer Intellektuellengruppe, München: Fink
- Freitag S. Hg. (1998) *Die Achtundvierziger*. Lebensbilder aus der Deutschen Revolution, München: Beck
- Gall L. Hg. (1998) *1848 Aufbruch zur Freiheit*. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums, 18.5.-28.9.1998, Berlin: Nicolai
- Mommsen W. (1998) *Die ungewollte Revolution*, Frankfurt: Fischer
- Ruge A. (1998) *Zensur-1848-Patriotismus* [Werke und Briefe, Bd. 7, Hg. H.M. Sass], Aalen: Scientia
- Ruge A. (1998) *Der Demokrat-Unser System* [Werke und Briefe, Bd. 8, Hg. H.M. Sass] Aalen: Scientia
- Sass H.M. (2002) Junghegelianische Revolutionstrategien im 21. Jahrhundert. *Aufklärung und Kritik* 2/2002, S.
- Walter S (1995) *Demokratisches Denken zwischen Hegel und Marx*. Die Politische Philosophie Arnold Ruges, Düsseldorf: Droste

Hans-Martin Sass ist Professor der Philosophie an der Ruhr-Universität in Bochum und Senior Research Scholar am Kennedy Institut of Ethics der Georgetown Universität in Washington DC. Professor Sass hat ausführlich über die politische Theorie der Hegelianer gearbeitet, insbesondere auch zu Ludwig Feuerbach, und ist Herausgeber der 12-bändigen Werke- und Briefe-Ausgabe von Arnold Ruge im Verlag Scientia, Aalen. In den letzten Jahren hat er intensiv an bioethischen Forschungen im In- und Ausland teilgenommen.